

# Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung  
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

10/ 2007  
29.10.2007



1/3

## **Ausländische Spenden in Bolivien werden meldepflichtig. Staat will Transparenz und Kontrolle.**

Spenden aus dem Ausland müssen in Bolivien zukünftig dem Staat gemeldet werden. So schreibt es ein neues Dekret vor, das Präsident Evo Morales Anfang Oktober erlassen hat. Das Dekret ist eine Reaktion auf die Diskussion um mangelnde Kontrolle über den Einfluss ausländischer Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien, vor allem über die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Die bolivianische Regierung hatte die US-amerikanische Entwicklungsagentur USAID beschuldigt, konservative Gruppen der Opposition zu finanzieren, um das Land zu destabilisieren. Sie würde Intellektuelle in NRO-Netzwerken unterstützen, die Studien verfassten, welche dann in den Medien diskutiert und die öffentliche Meinung beeinflussen würden. Die Auseinandersetzung ging soweit, dass Präsidentsminister Quintana die USA Ende August aufforderte, ihre Gelder aus dem Land abzuziehen, sofern diese weiterhin politischen Zielen dienen, die nicht denen der Regierung entsprächen. Die USA wiesen die Anschuldigungen zurück und sagten, ihre Entwicklungszusammenarbeit sei nicht politisch motiviert.

Mit dem neuen Dekret will die Regierung nun Geldflüsse aus dem Ausland kontrollieren, wer diese Gelder bekommt und wie sie eingesetzt werden. Aus diesem Grund müssen öffentliche wie private Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und auch Einzelpersonen Spenden aus dem Ausland ab 2008 beim Ministerium für Planung und Entwicklung registrieren lassen und Informationen über deren Verwendung zur Verfügung stellen. Darlehen sind hiervon ausgenommen. Spenden, die eine politische oder ideologische Konditionierung enthalten, werden verboten. Die bolivianische Regierung forderte ihre Partner auch auf, die Vereinbarungen der Pariser Erklärung einzuhalten und die Entwicklungszusammenarbeit an den Zielen und Maßnahmen des nationalen Entwicklungsplans zu orientieren. In der Pariser Erklärung aus dem Jahr 2005 einigten sich Empfänger und Geber der Entwicklungszusammenarbeit darauf, dass die Geber ihr Handeln an den jeweiligen Entwicklungsstrategien der Partnerländer, ihren Verfahren und Strukturen ausrichten. Das Dekret schreibt des Weiteren vor, dass:

- öffentliche Institutionen keine Dritten mit der Verwaltung der Spenden beauftragen können (Nothilfe ausgenommen),
- ehemalige öffentlich Bedienstete, die mit der Verwaltung oder Umsetzung von ausländischen Geldern beauftragt waren, erst zwei Jahren nach Ende ihrer Anstellung einen Arbeitsvertrag mit dem jeweiligen Geber der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abschließen dürfen und die Regierung Einspruch hinsichtlich der Anstellung nationaler wie internationaler Fach- bzw. Führungskräfte bei ausländischen Entwicklungsorganisationen erheben kann und

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:  
e-mail: [schluesseinfo@fundacionpueblo.org](mailto:schluesseinfo@fundacionpueblo.org), Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien  
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.  
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

# Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung  
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

10/ 2007  
29.10.2007



2/3

- die Ausschreibungen öffentlicher Institutionen für die Verwendung der Spendenmittel nach bolivianischem Recht durchgeführt werden müssen.

Die Reaktionen der internationalen Gebergemeinschaft auf das Dekret sind gemischt. Während einige Geber die Kontrolle des Staates fürchten, sehen andere dem Dekret gelassen entgegen oder begrüßen dies als einen Schritt zu mehr Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit. Problematisch bzw. nicht eindeutig sind zunächst vor allem zwei Punkte in dem Dekret. Zum einen, dass Spenden keine politische oder ideologische Konditionierung haben dürfen. Dieser Punkt ist insbesondere für Nichtregierungsorganisationen und die politischen Stiftungen schwierig. Was bedeutet „politisch“ und „ideologisch“ und ab wann ist eine Spende so konditioniert, dass sie nicht mehr erwünscht ist? Ist allein die Auswahl eines Arbeitsfeldes wie die „Förderung der Demokratie“ schon zu politisch? Oder hängt dies vom Parteibuch ab? Oder ist die Förderung einer NRO, die sich für die Entwicklung der Sojaindustrie einsetzt versus einer NRO, die sich für den Erhalt des Regenwaldes einsetzt, nicht bereits eine politische Entscheidung? Wie politisch darf also Entwicklungs*politik* jenseits der nationalen Regierungspolitik sein?

Aber auch im Bereich der zwischenstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, wenn es zum Beispiel um die Verhandlung von Sektorbudgethilfen geht, ist die politische und ideologische Komponente nicht wegzudenken. Vielmehr geht es um die bewusste Einflussnahme auf nationale Politikmaßnahmen in bestimmten Sektoren, wie z.B. den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik oder Korruptionsbekämpfung. Nur spricht man hier offiziell nicht von einer ideologischen oder politischen Konditionierung, sondern von „Politikdialog“. Ohne diesen Politikdialog, wenn das Geld nur kommentarlos abgeliefert werden dürfte, wären die Entwicklungsberater und Fachkräfte überflüssig. Gibt es also überhaupt eine nicht-politische Entwicklungszusammenarbeit?

Der zweite Punkt, welcher der Klärung Bedarf und welcher unter Umständen maßgeblich die bisherige Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien beeinflussen dürfte, ist das Verbot der Auslagerung der Verwaltung von Spenden an privatrechtlich organisierte Dritte. Ein in Bolivien hierfür prominentes Beispiel ist die Stiftung FUNDESNAP, *La Fundación para el Desarrollo del Sistema Nacional de Areas Protegidas*. FUNDESNAP ist eine private gemeinnützige Stiftung, die sich im Jahr 2000 mit dem Ziel formiert hat, die finanzielle Konsolidierung, Entwicklung und Nachhaltigkeit der Naturschutzgebiete auf transparente und effiziente Weise in Bolivien zu fördern. Die Stiftung wurde als Alternative zum staatlichen Fond FONAMA (*National Environment Fund*) aufgebaut, um politisch unabhängig agieren zu können, da der staatliche Fond, der als solcher heute nicht mehr existiert, erhebliche Probleme hatte. Die Stiftung FUNDESNAP arbeitet vor allem

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail: [schluesselinfo@fundacionpueblo.org](mailto:schluesselinfo@fundacionpueblo.org), Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien  
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.  
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

# Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung  
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

10/ 2007  
29.10.2007



3/3

mit ausländischen Geldern. Wenn sie diese ab 2008 nicht mehr verwalten darf, bedeutet das dass Aus für die Stiftung und eine enorme Gefährdung der Schutzgebietssysteme in Bolivien.

Viele Details sind in der Auslegung des Dekrets noch ungeklärt. Die Regierung möchte die Umsetzung des Dekretes in die Praxis zusammen mit der internationalen Gebergemeinschaft erarbeiten und hat angekündigt, dazu im November runde Tische einzurichten.

Britta Horstmann  
Schlüssel Info Bolivien  
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/ Dorfstiftung

Quellenangaben und weiterführende Informationen:

- **FUNDESNAPE**, [www.fundesnap.org](http://www.fundesnap.org)
- **Ministerio de Planificación del Desarrollo** (2007): Donaciones: las mesas de negociación con la cooperación se iniciarán en noviembre. Boletín Informativo Nr. 261, 24. Oktober 2007
- **Ministerio de Planificación del Desarrollo** (2007): Gobierno y Cooperación Internacional coordinan reglamento del decreto que normará las donaciones. Boletín Informativo Nr. 260, 23. Oktober 2007.
- **Presidencia de la República, Bolivia** (2007): Decreto Supremo Nr. 29308

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:  
e-mail: [schlueselinfo@fundacionpueblo.org](mailto:schlueselinfo@fundacionpueblo.org), Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien  
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.  
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.